



Ein Plädoyer für mehr (Eigen-)VERANTWORTUNG!

Völs, am 14. Oktober 2009

Liebe Freunde!

Die Zeiten sind schwierig, das wissen wir alle. Die Finanzmärkte in ihrer globalen Ausprägung wären fast kollabiert, die Wirtschaft lahmt so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr und die Situation am Arbeitsmarkt bleibt – besonders auch für uns Junge - weiter angespannt.

Um die drohende Gefahr eines langwierigen Konjunkturabschwungs einzudämmen, wurden Milliardenhilfen für unzählige Banken und Wirtschaftsunternehmen organisiert, Rettungsschirme aufgespannt, Konjunkturpakete in ungekannten Ausmaß geschnürt, die Kurzarbeit verlängert und Arbeitsstiftungen eingerichtet. Wenn auch die ersten Experten nun schon Licht am Ende des Tunnels sehen – fix ist, dass von dieser Krise vor allem eines übrig bleiben wird: leere Kassen und ein noch nie da gewesener Schuldenberg bei Bund, Ländern und Gemeinden. Dieser Schuldenberg wird für unsere Generation schwer zu schultern sein und unseren Handlungsspielraum im Bereich der öffentlichen Ausgaben stark einschränken.

Viele junge Menschen sind frustriert – auch weil sie das Gefühl haben, dass der Staat schon zuvor zu wenig in verbesserte Rahmenbedingungen investiert hat, weil er zu viel Geld für die Senioren ausgibt. Die Krise heizt den Generationenkonflikt noch an. Viele unter 30jährige haben keine festen Jobs, sollen aber möglichst bald Kinder bekommen und das Pensionssystem erhalten. Das Einkommen ist niedrig und unregelmäßig, aber dennoch sollen sie die Kosten für die Krise tragen. Wie soll das gehen?

Dieser hier vorliegende Leitantrag will eine Antwort auf diese drängende Frage geben: Und zwar durch mehr **Eigenverantwortung** und damit auch einer stärkeren **Rückbesinnung auf die Grundfeste unserer soziale Marktwirtschaft**. Natürlich hätten wir viel lieber einen vielseitigen Forderungskatalog erstellen - dabei Wünsche kund getan, wie z.B. Freifahrt für alle unter 25jährigen, so kürzlich eine Forderung des Seniorenbundes. Aber nein, das macht derzeit wenig Sinn. Gerade in der jetzigen Zeit müssen wir uns auf unsere eigenen Möglichkeiten und Chancen besinnen, auf unsere eigene Kraft und unseren Ideenreichtum bauen.

Dieses Bekenntnis zur Leistung und Eigenverantwortung ist fest in unserer christlich-sozialen Weltanschauung verwurzelt. Nach diesem Menschenbild braucht unsere Gesellschaft eine gesunde Balance zwischen Solidarität und individueller Freiheit. Diese Balance ist aber in den letzten Jahrzehnten zunehmend aus den Fugen geraten. Wir sind der Meinung, dass uns der Staat in seiner derzeitigen Verfassung in immer mehr Lebensbereichen die Verantwortung abnimmt. Im gut gemeinten Bemühen, den Menschen helfen zu wollen, hat sich ein Hunderte von Millionen Euro umfassendes Wohlfahrtssystem entwickelt, das aber immer weniger funktioniert. Dieses System nimmt uns gerade jetzt die Luft zum Atmen und die Kraft zum Durchstarten.

Wenn wir nun aber fordern, dass der Staat sich in seinem Regelungs- und Gestaltungswillen zurücknehmen sollte, dann müssen wir die Freiheit, die wir einfordern, auch selbst vorleben. Wir müssen uns selbst an der Nase nehmen, denn wir sind an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Kindergeld, Wohnbauförderung, Schulen, Universitäten, Infrastruktur, Steuervergünstigung – wer wie selbstverständlich davon ausgeht, vom Staat mit allem und jedem ausgestattet zu werden, am besten passgenau zugeschnitten auf die ganz persönlichen Bedürfnisse, und diese Leistungen auch noch ungeduldig einfordert, muss sich nicht wundern, wenn andere dasselbe tun. So wird am Ende einen Staat geschaffen, der sich um alles und jedes kümmert.

„Tu was, mach was aus dir, es liegt in deiner Hand!“ – uns ist schon klar, dass ein Tritt in den Hintern äußerst unpopulär ist. Denn die Bürger, die stets und zurecht Aufrichtigkeit von der Politik einfordern, pflegen in aller Regel ebenjene abzustrafen, die keine Wohltaten versprechen, sonder für notwendige Opfer werben. Wir sind aber zutiefst davon überzeugt, dass irgendwann jeder Populismus auf die Politik zurückschlägt, und einmal zerstörtes Vertrauen sich nicht mehr wieder aufbauen lässt. Es reicht eben nicht populistische Hetzjagden gegen Ausländer zu führen oder immer wieder das Angstgespenst Sozialabbau herauf zu beschwören – das zeigt eher die Unkenntnis mancher Politiker über tatsächliche wirtschaftliche Zusammenhänge und eine haarsträubende Mutlosigkeit zu unpopulären dafür aber notwendigen Entscheidungen.

Vielleicht ist es gerade jetzt die Stärke der Jungen Volkspartei Tirol diese längst überfälligen Entscheidungen einzufordern und sich nicht dem Populismus hin zu geben, weil wir eben nicht um jede Wählerstimme zittern müssen. **Das ist unsere Chance in der Krise!**

Der Landesvorstand der Jungen ÖVP Tirol

1. “Go Future” statt “no Future” am Arbeitsplatz

Im Moment ist die Situation ohne Frage schwierig. Der Arbeitsmarkt ist für junge ArbeitnehmerInnen mit wenig Erfahrung ziemlich zu. Traditionelle, lebenslange Angestelltenverhältnisse mit all ihren Vorzügen und Sicherheiten werden auch künftig immer seltener.

Obwohl atypische Dienstverhältnisse vom Gesetzgeber in den letzten Jahren legislativ so eingefangen wurden, dass sie kaum noch günstiger sein können, sind wir mit Strukturverschiebungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Auch der lückenlose Lebenslauf wird immer seltener, auch darauf müssen wir uns einstellen. Hier gilt es die Lücken mit Weiterbildung zu überbrücken. Wir müssen damit rechnen, dass wir im Lauf unseres Arbeitslebens drei- bis zwölfmal den Job wechseln und nicht länger als drei bis vier Jahre im selben Unternehmen bleiben werden. Zwischen den Anstellungen wird es immer wieder Phasen freiberuflicher Tätigkeit geben. Auch das Umsatteln auf völlig neue Berufe wird künftig ganz normal sein.

Wir müssen lernen damit umzugehen!

Wir wurden pragmatisch erzogen – und sind es auch: Es gilt zu akzeptieren, dass in Zukunft eine nach dem Zweiten Weltkrieg geltende Selbstverständlichkeit wegfallen wird, dass es nämlich der neuen Generation per se besser geht als ihrer Elterngeneration. **Wir müssen stärker als die Generationen zuvor ein hohes Ausmaß an Lernbereitschaft - für moderne Technologien, Fremdsprachen, Spezialausbildungen - an den Tag legen und uns auf häufigere Arbeitgeberwechsel einstellen.** Der Leistungsdruck in einer immer globaler werdenden Welt wird steigen.

Insgesamt gilt, dass die Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion tendenziell abnehmen, im Dienstleistungsbereich dafür deutlich zunehmen werden. Hilfskräfte werden zunehmend durch Fachkräfte ersetzt, Fachkräfte durch Maturanten und Maturanten durch Akademiker. Der Trend geht generell in Richtung Höher- und Mehrfachqualifikation sowie einer immer breiteren Ausbildung. Es wird immer weniger absehbar, welche Qualifikationen in sieben bis acht Jahren wirklich benötigt werden.

Aber es gibt auch eine Zukunft! Optimistisch stimmt uns, dass die demografische Entwicklung in geraumer Zeit für Entspannung am Arbeitsmarkt sorgen wird. Gut geschulte Arbeitskräfte werden von den Firmen zunehmend wieder geschätzt. Wir sind in Europa mit einer massiven Überalterung der Gesellschaft konfrontiert, und das wird den Kampf um die besten Köpfe verschärfen. Es ist zu erwarten, dass sich die Personalchefs künftig einige Zuckerln einfallen lassen werden, um gute Kräfte zu halten. Nicht mit Treueprämien und Jubiläumsgeld wie früher, sondern mit innovativen Modellen, zum Beispiel um Job und Familie unter einen Hut bringen zu können. Das müssen wir auch einfordern, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer drängender.

Boombranchen wie die Umwelt- und Medizintechnik oder der Pflege- und Bildungsbereich werden in den kommenden Jahren für viele neue Arbeitsplätze sorgen. Die meisten Studienanfänger dürfen daher bei der Inskription nicht nur an Jus, Medizin oder Wirtschaft denken. Aber auch unser Ausbildungssystem darf diesen Veränderungen nicht hinterherhinken. Wollen wir, dass sich die Schere zwischen Ungebildeten und Top-Qualifizierten nicht immer mehr auftut, brauchen auf allen Levels ein **höheres Bildungsniveau und mehr Durchlässigkeit** bei den Bildungswegen.

Klar, dass Enttäuschungen bei manchen Betroffenen vorprogrammiert sein werden. Für Mutlosigkeit und Resignation darf aber dennoch kein Platz sein: Wer, wenn nicht wir, kann und muss sich auf die neuen Herausforderungen einstellen. Allerdings müssen wir flexibler sein als unsere Eltern, bereit, immer wieder umzulernen. **Wir müssen noch mehr Eigeninitiative beweisen und zielstrebig an unseren Visionen und Chancen arbeiten.**

2. Mehr Freiheit – weniger Regeln

In unserem politischen Tun müssen wir uns wieder grundsätzlich darauf zurück besinnen, dass der Staat aus dem Zusammenwirken freier Menschen besteht. Jeder Einzelne entscheidet selbst über die besonderen Umstände seines Lebensbereichs, der Staat als Gesetzgeber passt sich den Geboten des Gemeinwesens an. Diese filigrane gegenseitige Abhängigkeit hat sich offensichtlich – vom Wirtschaftswunder zum Wohlfahrtsstaat - zu Lasten der Freiheit verschoben.

Der Wohlfahrtsstaat gleicht nicht mehr nur Notfälle aus, er ordnet unser ganzes Leben und besticht uns durch die Entlastung des Risikos. Aber wir müssen uns doch nicht gegen alles und jeden absichern. Und wer Freiheit genießen will, muss auch Freiheit erleiden. Nicht alles was wir anpacken, muss gleich ein Erfolg sein. Wir dürfen uns nicht rein über Karriere und Einkommen definieren. Eigenverantwortung bedeutet auch Achtsamkeit für unsere Mitmenschen und für unsere Umwelt, in der wir leben. Wir wollen lernen, uns Freiheit nicht nur für uns selbst zu nehmen, sondern sie auch anderen zu ermöglichen. **In dieser Bereitschaft tragen wir auch ein Stück Verantwortung für den Nächsten und das Wohl des Ganzen.**

Wer Risiko annimmt, hat den Erfolg auch nicht notwendigerweise abonniert. Je weniger aber der Staat uns vorgibt, wie wir zu leben und zu arbeiten haben, je weniger er uns befiehlt oder verbietet, je mehr er uns vom Lohn unserer Arbeit lässt, desto besser werden wir arbeiten, erfinden, entdecken, unternehmen. Wenn der Staat weniger Aufgaben zu erfüllen hat, dann bleibt uns auch mehr von unserem Lohn. Es müssen all jene unnützen Regeln überdacht werden, die den Alltag eines jeden Einzelnen erschweren und die Lust mindern, ein Projekt zu verwirklichen, eine selbständige Existenz aufzubauen, etwas Neues zu wagen.

Es ist längst an der Zeit, jahrzehntelang aufgeschobene Reformen in Angriff zu nehmen, um Strukturen zu optimieren und dabei Geld einzusparen. Insbesondere die dringend notwendigen Staats- und Verwaltungsreform sollte rasch umgesetzt werden. Durch diese könnten nicht nur Einsparungsmöglichkeiten realisiert und finanzielle Mittel freigelegt werden, Österreich könnte durch eine solche Neustrukturierung auch besser auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Für entsprechende Veränderungen liegen bereits zahlreiche Konzepte vor. Der Rechnungshof sieht vor allem für folgende Bereiche mit hohem Gebarungsvolumen einen Reformbedarf: Schulwesen, Gesundheit und Pflege, Wissenschaft und Forschung sowie Förderungswesen.

An allen Ecken und Enden nimmt der Staat immer mehr und gibt den Fleißigen immer weniger zurück. **Von der alten Regel der sozialen Marktwirtschaft, dass nur das verteilt werden kann, was vorher verdient worden ist (eine Regel, deren Befolgung unser Land einst stark und wohlhabend gemacht hat), ist nicht mehr viel übrig.** Heute nimmt der Staat und hofft, dass dennoch ausreichend verdient wird. Transferleistungen wie Pensionen, Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe, Kinderbeihilfe, etc. müssen daher ebenfalls überdacht werden. Wir unterstützen den Vorstoß, ein **Transferkonto** für alle Haushalte einzurichten, das endlich einen Überblick über alle öffentlichen Transferleistungen bzw. Sozialleistungen geben wird. Zudem fordern wir, dass **Schulden auch wieder verpflichtend zurückgezahlt werden müssen.** Die Quote der Rückzahlung soll sich dabei am Prozentsatz des Wirtschaftswachstums orientieren und durch ihren obligatorischen Charakter in Zukunft eine nachhaltige Politik sicherstellen.

3. Leistung muss sich wieder lohnen!

Nirgendwo sonst ist die Situation dem Wohlfahrtsstaat so entglitten wie beim Steuerrecht. Die Gesamtabgabenbelastung durch Steuern und Abgaben in Österreich ist im internationalen Vergleich relativ hoch. Solange wir an Steuersätze festhalten, anstatt in einem Gesamtkonzept zu denken, wird unser Steuerrecht jegliche Initiativen behindern, statt sie zu fördern. Kein Wunder, dass sich viele vom derzeitigen Steuerrecht betrogen fühlen und all ihre Energie dafür einsetzen, dem Fiskus hier und dort ein paar Euro abzuluchsen. Durch eine umsichtige Steuervereinfachung muss dieser Entwicklung schleunigst entgegengetreten werden.

Die heute neu entstandenen Schuldenberge können nur von einer prosperierenden Wirtschaft abgetragen werden. Kommen wir nicht mehr auf die Beine, werden wir (als junge Generation) und selbst unsere Kinder die Schulden nicht mehr los. Was kann dann noch bleiben - Resignation, Rebellion, Auswanderung? Nein, **Anreize zur Leistungserbringung müssen geschaffen werden.** Denn warum soll sich eine Generation ohne Perspektive anstrengen? Warum da mitmachen? Die Antwort ist: Wir strengen uns erst wieder an, wenn sich unsere Leistung wieder lohnt und wir das Gefühl haben, für unser Engagement auch eine Gegenleistung zu erfahren. Dann machen wir natürlich mit! Eine Steuerentlastung wäre in

diesem Sinne kein Wahnwitz, sondern ein zusätzliches Konjunkturprogramm, eine zwingende und notwendige Ergänzung zur bisherigen Krisenpolitik.

Nachweisbar kann jemand, der nicht arbeitet und alle Möglichkeiten öffentlicher Beihilfen nützt, besser wegkommen als jemand, der voll, aber mäßig bezahlt, arbeitet. Ist das sozial? Gerechtigkeit und Solidarität heißt für uns, dass der Staat mit dem Geld der Steuerzahler jenen eine Grundversorgung gibt, denen anders nicht zu helfen ist. Aber es darf kein Gewöhnungseffekt eintreten. Tatsache ist, dass der Sozialstaat in den vergangenen Jahrzehnten exzessiv über seine Absicherungsfunktion hinausgewachsen ist. Mehr Gerechtigkeit kann ein modernes Steuerrecht schaffen. Steuern sind ein Instrument der Umverteilung. **Wer arbeitet, darf in diesem System nicht benachteiligt werden.**

4. Konzepte für die „neue Arbeitswelt“ umsetzen!

Tagtäglich erleben wir die Auswirkungen einer flexibleren Welt, Veränderungen im Betrieb und der Gesellschaft – und leisten uns weiterhin ein mehr oder weniger starres, von zahllosen Regeln durchzogenes Arbeitsrecht. Die Tarifparteien beherrschen das Spiel und legen in den Tarifverhandlungen Arbeitszeitbedingungen und Entlohnung fest. Von denen zwar mittlerweile mehr als früher abgewichen werden kann, aber doch nur in Maßen und in einem komplizierten System. Erst wenn das Unternehmen mit dem Rücken zur Wand und kurz vor der Insolvenz steht, kommen Gewerkschaften zur Einsicht, dass auch ungewöhnliche **Kompromisse** geschlossen werden müssen. Durch die gesetzlichen Regelungen ist es für Unternehmen kaum möglich, ihre Mitarbeiteranzahl zu verkleinern, wenn die Not noch nicht offensichtlich ist. Umgekehrt verhindert die Sicherheit, die für den Einzelnen im Job ein Plus ist, häufig Neuanstellungen.

Arbeit ist ein wichtiger Anker im Leben eines jeden Menschen – ob jung oder alt. Daher ist ein schlechter Job doch fast immer besser als Arbeitslosigkeit – und dennoch leistet es sich unser Land, Tausenden von Menschen keine Chance zu geben, statt lieber die Hürden auf den Weg zu einer Beschäftigung nieder zu reißen. Modernisierungen, wie etwa ein flexibleres Modell der Abfindung im Kündigungsfall, wurden zwar umgesetzt – viele gute und wichtige Ideen in Richtung „**Flexicurity**“ (also institutionelle Arrangements, bei denen Flexibilität und soziale Sicherheit kombiniert werden) warten allerdings noch auf ihre Umsetzung.

So unterstützen wir die neuen Vorschläge des ÖAAB, wie etwa die Schaffung steuerlicher Anreize für freiwillige **Mitarbeiterbeteiligungsmodelle** oder die **Einführung eines Zeitwertkontos** (dieses soll die Möglichkeit bieten, arbeitsrechtliche Ansprüche, wie z.B. Überstunden oder Zulagen auf ein Konto zu transferieren, um diese zu einem späteren Zeitpunkt zu konsumieren).

Um wieder Wachstum zu generieren sind Arbeitsproduktivität und Arbeitseinsatz erforderlich. Die Zahl der Arbeitskräfte nimmt allerdings

kontinuierlich ab. Das muss nicht sein: Wir können es uns nicht leisten, am Arbeitsende mit 65 oder 67 Jahren festzuhalten. Die ältere Generation ist heute wesentlich leistungsfähiger als früher – sie soll auch daher länger arbeiten (dürfen). Klar, wer will einen Dachdecker noch mit 60 auf den First schicken? Kann er aber nicht anderswo arbeiten – womöglich noch in der gleichen Branche? Viele Unternehmen würden die Erfahrungen des Alters sicherlich gerne nutzen. Hier ist Deregulierung ein Gebot der Stunde!

5. Ein Sozialsystem mit Gestaltungsmöglichkeiten

Die Demographie ändert nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Sozialsysteme. Jeder weiß, schon mittelfristig ist dieses System in der derzeitigen Form nicht finanzierbar. Das Pensionssystem kann nur das verteilen, was die arbeitende Bevölkerung einzahlt. Je weniger Menschen Arbeit haben und Geld verdienen, desto weniger Sozialleistungen kann es geben.

Die Zahl der Pensionisten wird in Österreich jene der unselbstständig Erwerbstätigen im Jahr 2040 überflügeln. Wir Junge fordern deshalb: **Je mehr sich die Lebensspanne dehnt – und sie wird sich weiter verlängern -, desto später muss das Pensionsantrittsalter sein.** Zudem muss die **private und betriebliche Altersvorsorge** für uns Jungen weiter massiv gestärkt werden – damit auch wir darauf vertrauen können, noch eine staatliche Altersversorgung zu erhalten.

Auch wenn wir die **Qualität im Gesundheitswesen** weiter erhalten möchten, stellt sich die Frage, ob wir uns das wie bisher aus dem öffentlichen Haushalt leisten können. Die Menschen leben länger, benötigen länger pflegerische oder ärztliche Hilfe, die Medizin kann mehr als früher. Entsprechend werden die Ausgaben unaufhörlich steigen. **Hier sehen wir akut Handlungsbedarf!**

Auch im Gesundheitsbereich verlangen wir Mut zur Eigenverantwortung: Warum schöpft ein staatliches **Zwangsversicherungssystem** die Kaufkraft der späteren Patienten ab, um ihnen dann fast alle Leistungen zu bezahlen? **Die Kassen müssen im Wettbewerb stehen und der Bürger sollte wirklich wissen, was er für Kosten verursacht und Anreize zum Sparen haben.** Um die eigene Verantwortung für die eigene Gesundheit und **Gesundheitsvorsorge** zu fördern, ist die **Schaffung von Anreizen** vonnöten, wie z.B. steuerliche Begünstigungen für Betriebe (etwa wenn sie gesundheitsfördernde Programme bzw. ein entsprechendes Arbeitsumfeld anbieten)

6. Familienpolitik: Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen!

Auch wenn Tirol noch eine leicht positive Geburtenbilanz erzielt, gehen unserer Gesellschaft langfristig die Kinder aus! Eigentlich ein alter Hut der durch die derzeitige Krise am Arbeitsmarkt aber durchaus verschärft wird, denn nach den Berechnungen österreichischer Volkswirtschaftler geht die

Geburtenzahl im Zuge von Arbeitsplatzabbau um fünf bis zehn Prozent zurück. Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur haben auch die Familienstrukturen verändert. Es gibt neue Lebensformen. Die Zahl der kinderlosen Haushalte steigt. Auch mit „Bauer sucht Frau“ ist diese Entwicklung nicht aufzuhalten.

Wir betrachten Familien als Kernzelle unserer Gesellschaft. Während früher die Gesellschaft aus stabilen Kleinfamilien bestand, in denen Ressourcen gebündelt und über Jahrzehnte gehalten wurden, brechen heute immer mehr Familien auseinander. **Aufgabe der Familienpolitik muss es daher sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich wieder mehr Frauen und Männer für Kinder entscheiden können.** Denn was macht das Leben sonst lebenswert?

Jetzt kann man - wie eine ehemalige österreichische Ministerin - behaupten, dass die Gründe für Kinderlosigkeit privat sind („Kinder statt Partys“). Demgegenüber zeigen allerdings Studien, dass bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind vor allem die Kostenfrage eine wichtige Rolle spielt. Und Kinder kosten jeden Monat eine Stange Geld! Vor allem Frauen sind durch Kinder im Erwerbsleben benachteiligt. Geringere Aufstiegschancen und Verdiensteinbußen auf Grund erziehungsbedingter Erwerbsunterbrechungen und Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg sind ein Problem.

Dass der Staat eingreift und viel Geld zu Gunsten der Familien umverteilt, ist richtig und gut. Etwa beim Kindergeld oder bei der Berücksichtigung im Steuerrecht. Aber der Staat geht hier längst nicht weit genug: **Die tatsächlichen Kosten für Kinder werden unzureichend steuerlich berücksichtigt. Längst wäre es auch an der Zeit, dass der Staat Familien bei den Sozialversicherungen bevorzugt und hingegen Kinderlose stärker zur Finanzierung des Systems heranzieht. Etwa durch Pensionsabschläge.**

Eine Gesellschaft hat nur Zukunft, wenn sie sich fortpflanzt. Eine Wirtschaft hat nur Wohlstandschancen, wenn eine neue, motivierte und leistungsstarke Generation nachwächst. Ein Sozialversicherungssystem, das auf Umlagefinanzierung angelegt ist, kann nur funktionieren, wenn langfristig sichergestellt ist, dass die Jungen die Alten finanzieren können.

7. Verantwortung für das Bildungssystem!

Wir sind in einer globalen Welt nur dann wettbewerbsfähig, wenn unsere Gesellschaftsmitglieder imstande sind, hochqualifizierte Leistungen zu erbringen. Wir schreiben hier bewusst „Gesellschaftsmitglieder“ und nicht nur Schüler, Lehrlinge oder Studenten – denn es geht neben der Ausbildung auch um ein lebenslanges Neu-, Um- und Dazulernen.

Horrorgeschichten von zu niedrigen Akademikerquoten und Notfallparagrafen für Unis geistern tagtäglich durch die Medien. Jüngste, europaweite Studien bestätigen diese Probleme leider teilweise. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Österreichs Hochschulen kurz vor ihren Kapazitätsgrenzen, sowohl finanziell als auch infrastrukturell,

stehen. **Wir sprechen uns damit für die Ausfinanzierung der österreichischen Hochschulen aus.** Studienbeiträge und Zwangsbeschränkungen schaffen nur kurzfristige Erleichterung und sind nur die Behandlung von Symptomen, nicht aber die „Krankheit“ selbst. Wenn von Studierenden verlangt wird, dass auch sie ihren Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen leisten, dann müssen sie auch verbesserte Studienbedingungen vorfinden. Es muss zudem ein europaweites Modell von Ausgleichszahlungen, zwischen Mitgliedsstaaten, geben. Ziel dieses Modells muss sein, faire Verhältnisse für alle Staaten zu schaffen, die Studierende aus anderen Mitgliedsstaaten an ihren Universitäten aufnehmen. **Wir brauchen eine gemeinsame europäische Hochschulpolitik unter Gewährleistung des freien Hochschulzugangs und der Ausfinanzierung der Hochschulen.**

Bei der Verbesserung des Bildungssystems gilt es insbesondere in der Schule und auch bereits im Vorschulalter anzusetzen. Die internationale Forschung zeigt, dass es wichtig ist, Kinder möglichst bald zu fördern. Die „Modellschule Tirol“ geht in diese Richtung und muss unbedingt fortgesetzt werden. **Im Bereich Schule fordern wir daher eine Qualitätsoffensive im Form eines umfassenden Reformentwurfs und kein Flickwerk mit Einzelmaßnahmen.** Was wir brauchen sind Effizienzsteigerung, zusätzliche Einsparungen aber kein gewerkschaftliches Pokern um Arbeitsstunden für Lehrer. Der Landesschulrat muss als Verwaltungsbehörde erhalten bleiben, Bezirksschulräte ersatzlos gestrichen werden. Damit werden Doppelgleisigkeiten vermieden und die Verwaltung gestrafft. Eingesparte Mittel sollen zur Umsetzung von klar definierten Bildungsstandards dienen. **Wir fordern, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache erlernen müssen, denn dies ist nicht nur die wichtigste Voraussetzung für Integration, sondern auch unabdingbare Hürde am Arbeitsmarkt.** Zudem fordern wir den Ausbau der Schulautonomie sowie der Ganztageschule.

Wenn wir von der jungen Generation Verantwortung einfordern, muss diese aber auch in der Schule gefördert werden. Eine Ehrung für besonderes Engagement im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich für Schüler der Abschlussklasse würde **Anreize zum Übernehmen von Verantwortung schaffen.**

Auch eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem ist uns wichtig! Etwa das Modell **Lehre mit Matura** bietet eine echte Zukunftschance und wird von uns voll unterstützt. Eine praxisnahe Ausbildung, aber gleichzeitig eine breite Allgemeinbildung durch die Matura ist im Sinne einer hohen Akademikerquote nicht von Nachteil.

8. Vernetzt Denken

„Global denken, lokal handeln“ ist kein Motto von gestern, sondern besitzt auch heute noch ungebrochene Gültigkeit. Wer denkt, angesichts der eigenen Nöte bleibt kein Raum mehr für Themen, die gestern noch wichtig waren, wie etwa der Schutz der Umwelt oder der Hilfe für die Ärmsten der

Armen, gibt in diesen Bereichen seine Verantwortung auf. Soziale und ökologische Themen sind aber keine Schönwetterveranstaltungen, sondern Teil der menschlichen Wertegemeinschaft.

Beispiel Umweltschutz: Dafür ist kein Geld mehr da? Wie kurzsichtig! Im Gegenteil: Jetzt erst recht brauchen wir eine neue Balance zwischen unseren Wünschen und dem, was unser Planet noch bereit ist zu geben. **Denn unser Ziel ist ein Wohlstandsmodell, das Ökologie (wie äquivalent auch Gerechtigkeit) und Marktwirtschaft zusammen bringt.** Jede Einseitigkeit ist hier eine Fehlentwicklung. Es kann aber auch nicht sein, dass Umweltschutz einseitig Vorrang vor volkswirtschaftliche Interessen genießt.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima der Innovationsfreude und ein starkes ökologisches Bewusstsein gleichermaßen. Speziell in Tirol sprechen wir uns daher bewusst für eine umweltschonende Nutzung der Wasserkraft aus und lehnen auch nicht kategorisch die Erschließung neuer Skigebiete ab. Die dazu durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen allerdings dazu führen, schnellstmöglichst die jeweiligen Interessen mit Maß und Ziel abzuwägen.

Das Bemühen um **umweltschonendes Wirtschaften** wird ein Wettrennen in Forschung und Wissenschaft auslösen. Wir müssen weiter daran arbeiten, an die international führende Spitze in Umwelttechnik und Umweltwirtschaft auf zu steigen. Dies bietet nicht nur unserer Wirtschaft ungeahnte Chancen, sondern womöglich auch den Einzelnen, denn es gibt dort immer mehr Jobs.

9. Mehr Eigenverantwortung heißt auch mehr Mitsprache!

Jammern und Schimpfen ist einfach und billig. Aber das ist nicht unser Weg! Die Zukunft ist nicht Schicksal sondern unsere Herausforderung, die wir gerne engagiert annehmen. Gerade deshalb sind wir, als Junge ÖVP Tirol, der Meinung, dass mehr Eigenverantwortung für unsere Zukunft gleichzeitig auch mehr Mitsprache bedeuten muss. **Die Sichtweise der jungen Menschen verdient eine aktive Unterstützung und Forcierung in allen politischen Entscheidungsgremien auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene.** Denn immerhin sind es wir Jungen, die die heutigen Entscheidungen morgen tragen müssen.

Die Junge Volkspartei Tirol ist eine der sechs Teilorganisationen der ÖVP und wir bekennen uns wie keine andere Jugendorganisation zu dieser parteipolitischen Gesinnungsgemeinschaft. Wir haben dadurch die Aufgabe, die politischen Interessen junger Menschen einerseits parteiintern, sowie andererseits nach Außen zu vertreten. Dabei möchten wir die Zusammenarbeit mit nahe stehenden Jugendorganisationen weiter forcieren. In diesem Leitantrag bekennen wir uns auch einmal mehr zu unserer statutarischen Aufgabe, unsere Funktionäre und Mitglieder nach Erreichen ihrer Altersgrenze in andere bündische Teilorganisationen zu überführen. In den vergangenen Jahren konnte die JVP in allen Tiroler Bezirken ihre Strukturen reaktivieren und vor allem in einigen

Ballungszentren neue Ortsgruppen gründen. Dieses Engagement in einwohnerstärkeren Städten und Gemeinden, wo junge Menschen eine völlig andere Lebenswelt vorfinden als im ländlichen Bereich, ist vor allem dann sinnig, betrachtet man die Junge Volkspartei Tirol als nachhaltige Alternative und nicht als Konkurrenz zu anderen parteinahen Jugendorganisationen.

Rund 20 Prozent der Tiroler Bevölkerung sind heute zwischen 15 und 30 Jahre alt. Bei ihnen für unser Wertebild zu werben, sie zum Mitmachen und Mitgestalten zu motivieren, ist Ziel unser Engagements. Dafür benötigen wir aber auch die finanziellen Mittel um Projekte und Aktionen entsprechend durchzuführen. War es in der Vergangenheit so, dass in Tirol die Förderung parteipolitischer Jugendarbeit eher vernachlässigt wurde, hoffen wir heute auf mehr Unterstützung seitens der Parteiführung. **An den Landespartei Vorstand der Tiroler Volkspartei richten wir daher hiermit den Antrag, jährlich 2 Prozent der erhaltenen Parteienförderung für parteipolitische Jugendarbeit zweckzuwidmen.** Dieser Betrag soll im Einvernehmen mit dem Landesparteiobmann und dem Landesvorstand der Jungen Volkspartei Tirol ausschließlich für Projekte verwendet werden, die dem gemeinsamen Ziel einer aktiven parteipolitischen Jugendarbeit dienen.